

Berufsorientierung und Berufseinstieg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Oberösterreich

Projektdurchführung:

IKEB - Institut für Kinderrechte & Elternbildung
abif - analyse beratung und interdisziplinäre forschung



Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Landes Oberösterreich. Beauftragt vom Land Oberösterreich auf Initiative des Paktes für Arbeit und Qualifizierung für Oberösterreich, koordiniert von der Integrationsstelle Oberösterreich



ist Integrationsstelle
Oberösterreich

Impressum

Projektleitung: Winfried Moser, Marion Hackl, Brigitte Mosberger

VerfasserInnen:

Winfried Moser, Marion Hackl, Caterina Hannes, Marion Wenty, Andrea Poshalko, Brigitte Mosberger

Projektmitarbeit: Karola Neumüller, Josef Nußdorfer

Titelbild: Sabrina Hackl

IKEB - Institut für Kinderrechte & Elternbildung/abif - analyse beratung und interdisziplinäre forschung

Wien, November 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Literaturanalyse	7
1.1	Bildung	7
1.2	Arbeitsmarkt	8
1.3	Resilienzfaktoren	9
1.4	Berufsorientierung	10
1.5	Empfehlungen	11
2	Empirische Ergebnisse	15
2.1	Ausbildungssystem - Bundesländervergleich	15
2.2	Berufsorientierung in der 7., 8. und 9. Schulstufe	17
2.3	Erste Berufswahl und erfolgsfördernde Faktoren	19
2.4	Erfolgreicher Berufseinstieg von jungen MigrantInnen	20
2.5	Empfehlungen	20
2.5.1	Allgemeine Empfehlungen	20
2.5.2	Empfehlungen für die Berufsorientierung von SchülerInnen in der 7. und 8. Schulstufe	22

Kapitel 1

Literaturanalyse

1.1 Bildung

Betrachtet man die Statistiken zum österreichischen Bildungssystem im Zusammenhang mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund fällt auf, dass letztere gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ab der ersten Trennung der SchülerInnen nach der Volksschule auf institutioneller Ebene benachteiligt sind. Dies bedeutet, dass ihr Anteil in den verschiedenen Schultypen umso geringer ist, je höher die späteren beruflichen Chancen in der jeweiligen Schulart sind (Sonderschule: 28 Prozent → Hauptschule: 21 Prozent → Polytechnikum: 22 Prozent → BMS: 19 Prozent → BHS: 13 Prozent → AHS: 14 Prozent).¹ Andererseits steigen Jugendliche mit Migrationshintergrund früher als ihre AlterskollegInnen aus dem Bildungssystem aus (mehr *early school leavers*) - häufig mit Beendigung der Pflichtschulzeit, die sie öfter als andere Jugendliche bereits in der achten oder neunten Schulstufe erreichen. Schließlich erwerben auch nur wenige Personen mit Migrationshintergrund einen Hochschulabschluss²

In Anlehnung an Herzog-Punzenberger und Unterwurzacher gibt es individuelle bzw biographische (1), familiäre (2) und institutionelle (3) Erklärungsansätze für die Bildungsbenachteiligung. Zu den individuellen und biographischen Faktoren (1) gehören das Einreisealter, die Dauer des Aufenthalts im Aufnahmeland und das Pendelverhalten (Transnationalität). Auf familiärer Ebene (2) weisen zahlreiche Studien darauf hin, dass nicht die gemeinhin häufig angenommene ethnische, sondern die soziale Herkunft, das *Bildungskapital* der Eltern, für die Bildungschancen der Jugendlichen entscheidend ist. Institutionelle Diskriminierung (3) findet vor allem aufgrund folgender vier Merkmale des österreichischen Bildungssystems statt:

- a) frühe Selektivität (nach der Volksschule)
- b) niedrige Pflichtschuldauer (nur neun Jahre)

¹Die Prozentwerte bei den Schultypen BMS, BHS und AHS beziehen sich auf die neunte Schulstufe. Ergänzend hinzuzufügen ist noch, dass der Anteil der Migranten mit AHS-Abschluss sogar leicht über jenem der Autochthonen liegt, während bei den BHS-Abschlüssen das Gegenteil der Fall ist.

²Wenngleich diesem Befund aus der Literatur hinzuzufügen ist, dass Autochthone sogar noch seltener einen Hochschulabschluss erreichen.

- c) später Beginn der Schulpflicht (mit sechs Jahren)
- d) LehrerInnen verbringen zu wenig Zeit mit den SchülerInnen (keine Ganztagschule)

1.2 Arbeitsmarkt

Die strukturelle Benachteiligung im Schulsystem setzt sich am Arbeitsmarkt fort. Die von Jugendlichen mit Migrationshintergrund am häufigsten abgeschlossene Ausbildung ist die Lehre, die in Österreich (entgegen den Empfehlungen der ILO) rechtlich als Arbeitsverhältnis gilt. Auch hier sind sie jedoch unterdurchschnittlich stark vertreten, viele von ihnen brechen eine begonnene Lehre auch wieder ab. Viele der Jugendlichen arbeiten nach Beendigung der Pflichtschulzeit als HilfsarbeiterInnen, oft um zum Familieneinkommen beitragen zu können, und sind daher stärker von der seit Mitte der 80er-Jahre steigenden Jugendarbeitslosigkeit betroffen: Die Nachfrage nach einfachen Qualifikationen ist gesunken, gleichzeitig ist die Zahl (*das Arbeitskräftepotenzial*) gering Qualifizierter gestiegen. Die Folge: Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist doppelt so hoch, wie jene der Jugend mit österreichischen Eltern. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen.

Die höhere Arbeitslosenquote bei Jugendlichen aus ZuwanderInnenfamilien entsteht auch durch die Segmentierung des Arbeitsmarktes: Türkische Jugendliche sind häufig in der Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie, der Chemieindustrie, der Nahrungsmittelerzeugung und im Handel beschäftigt. Jugendliche aus Ex-Jugoslawien konzentrieren sich auf die Chemieindustrie, die Holz- und Papiererzeugung, das Bauwesen, den Handel und das Verkehrswesen. Ausländische Jugendliche aus anderen Ländern arbeiten meist im Tourismus und in der Metallindustrie. Seit den 1990er Jahren gibt es jedoch einen leichten Trend weg von der Vererbung des Berufs- bzw. Beschäftigungsweges der Eltern hin zum Branchenmuster der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen länger nach einer ersten Arbeitsstelle suchen, sind öfter arbeitslos und bei Fort- und Weiterbildungsaktivitäten benachteiligt, selbst bei gleicher Qualifikation. Das gilt auch für Jugendliche, die eine Ausbildung abgeschlossen haben.

In der überbetrieblichen Lehrausbildung, die im Rahmen der Ausbildungs-garantie des Bundes ausgebaut worden ist, sind Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders stark vertreten. In den älteren (nun auslaufenden) JASG-Lehrgängen zeigen sich bei ihnen sehr schlechte Vermittlungsquoten in eine reguläre betriebliche Lehrausbildung, hohe Abbruchsquoten und eine spätere Benachteiligung am Arbeitsmarkt, da die überbetriebliche Ausbildung von Betrieben als *Lehre zweiter Klasse* gesehen wird. Die neu eingeführte überbetriebliche Ausbildung (ÜBAs), die rechtlich mit der regulären Lehre gleichgestellt wurde, soll dem entgegenwirken, indem zumindest eine Ausbildungsschiene von Anfang auf die betriebliche Ausbildung setzt. Ein Problem sind freilich die enormen Kosten (15.000 Euro pro Ausbildungsjahr im Vergleich zu 10.000 Euro für eine BMHS), bei gleichzeitig hoher Unzufriedenheit der Nutzer - vor allem wegen des großen Einkommensunterschiedes zur regulären Lehre (240:400 Euro pro Monat) sowie zu potenziellen Einkünftermöglichkeiten als Hilfsarbeiter.

Derzeit gibt es eine politische Diskussion über die Einführung einer Ausbil-

dungspflicht bis zum 18. Lebensjahr, da mehr als 10 Prozent der Pflichtschulabsolventen entweder als HilfsarbeiterInnen arbeiten, keinen Arbeitsplatz finden oder gar keinen suchen. Die Übernahme der Verantwortung des Staats für diese Jugendlichen wird von Experten grundsätzlich als positiv bewertet, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass eine spezielle Betreuung der Jugendlichen im Rahmen der Berufsorientierung geschaffen werden muss.

Ein großes Problem ist die Diskriminierung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt. Junge MigrantInnen in Wien erzählen von rassistischem Verhalten von UnternehmerInnen aufgrund von Hautfarbe, Kleidung und mangelnden Deutschkenntnissen. Oft wird für Tätigkeiten akzentfreies Deutsch gefordert, für die dies nicht zwingend notwendig ist - eine *mittelbare Diskriminierung* nach dem 2004 geänderten Gleichbehandlungsgesetz.

1.3 Resilienzfaktoren

Es stellt sich die Frage, wie unter den berichteten Bedingungen erfolgreiche Bildungs- bzw Berufskarrieren überhaupt möglich sind. Um Antworten darauf zu finden, wurde eine Reihe qualitativer Studien durchgesehen, in denen bildungserfolgreiche junge Erwachsene mit Migrationshintergrund retrospektiv zu ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn befragt wurden. Die betreffenden Untersuchungen stammen aus Deutschland, in Österreich konnten keine Untersuchungen dieser Art gefunden werden. Es soll explizit darauf verwiesen werden, dass Erfolg auch anhand subjektiver oder relativer Kriterien bestimmt werden sollte und daher nicht nur die Matura bzw ein Studium (wie in den meisten der gefundenen Studien) sondern auch der Abschluss einer Lehrausbildung (wie in der Studie von Settlemeyer und Hörsch) als beruflicher Erfolg gedeutet werden kann, wenn etwa den Eltern aufgrund der Zuwanderungsgeschichte der Abschluss einer Lehrausbildung noch nicht möglich war bzw wenn man berücksichtigt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Lehrausbildung unterdurchschnittlich vertreten sind.

1. Für diese Jugendlichen sind zunächst *soziale Netzwerke* von besonderer Bedeutung, allen voran die Familie. Wichtig ist die Unterstützung der Eltern, oder, wenn das nicht möglich ist, von älteren Verwandten und der Peergroup (gleichaltrige Geschwister und FreundInnen). Wenn die Schule nicht die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellt, geben die Erwachsenen fachliche und emotionale Hilfestellung, vermitteln Kompetenzen und unterstützen in der Kommunikation mit Bildungsinstitutionen. Die sozialen Netzwerke erweisen sich vor allem als wichtig, um Diskriminierung entgegenzutreten.³ Besonders Eltern oder Großeltern, die im Herkunftsland einen hohen Bildungsstatus hatten, werden zu einem Resilienzfaktor, durch den der Effekt von Stigmatisierungen sich umkehrt und zu einem Ansporn zu besonderen Leistungen und zur Entwicklung von besonderem Ehrgeiz wird.

³In diesem Sinne kann Migration auch als Aufstiegsprojekt gedeutet werden, indem die Kinder stellvertretend für die Eltern deren Lebenskonzept verwirklichen. Dies kann mit einem Verzicht auf die Entwicklung und Erprobung eigener Lebensentwürfe einhergehen und auch zu einer Überforderung der Jugendlichen führen.

2. Weiters spielen *fördernde und ermutigende LehrerInnen* eine wichtige Rolle, zunächst im motivationalen Bereich, wenn das restliche soziale Umfeld wenig förderlich ist, aber auch als Gatekeeper, die aufgrund der Noten entscheiden, ob ein Kind in eine weiterführende Schule kommt oder nicht.
3. Weiters sind auch die *Kompetenzen der Jugendlichen* von enormer Bedeutung für den Bildungs- und Berufserfolg. Aufgrund der Benachteiligungen, denen Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgesetzt sind, müssen sie, um das Gleiche zu erreichen wie andere, mehr Leistungen erbringen (*Selbstplatzierungsleistungen*). Als förderliche Faktoren zu nennen sind: Selbstvertrauen, Ehrgeiz und Durchhaltevermögen, Eigenständigkeit, Entscheidungssicherheit und eine starke Bereitschaft, eigene Vorstellungen durchzusetzen.
4. Außerdem sind die Kenntnisse in der Umgangs- und Fachsprache des Herkunftslandes und das *milieuspezifische Wissen der Jugendlichen* mit Migrationshintergrund zu nennen (was speziell in der Studie von Sattelmeyer und Hörsch als bedeutsam für einen Erfolg in Lehrberufen erarbeitet wurde), wodurch Fachkräfte etwa im Kontakt mit PatientInnen oder KundInnen mit Migrationshintergrund diese betreuen, übersetzen bzw vermitteln können.
5. Schließlich kann eine *transnationale Orientierung* der Jugendlichen förderlich für den Bildungs- und Berufserfolg sein, da so der eigene Migrationshintergrund nicht negiert und als etwas Negatives wahrgenommen, sondern als Bereicherung empfunden wird. Diese Jugendlichen entwickeln Mehrfachidentitäten und interkulturelle Kompetenzen, die eine Multiplikation der Möglichkeiten bewirken. Weiters erhöht die positive Einstellung zum eigenen Migrationshintergrund die Kompetenz, sich gegen Diskriminierungen zur Wehr zu setzen, was sich konkret als Vorteil für den Erfolg in Lehrberufen gezeigt hat.

1.4 Berufsorientierung

Die Gruppe der beruflich erfolgreichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist jedoch sehr klein, es sind vor allem Maßnahmen für jene wichtig, die beim Berufseinstieg Schwierigkeiten haben. Eine bedeutende Rolle spielt dafür die institutionelle Unterstützung bei der Berufsorientierung, die in der Literatur oft als mangelhaft beurteilt wird.

Jugendliche zur Berufswahl zu befähigen, gehört zu den gesetzlich verankerten Aufgaben des Schulwesens. Die Beratung wird von unterschiedlichen Personen und Institutionen durchgeführt: Speziell ausgebildete Lehrpersonen, die nebenberuflich beraten, ein Netz institutioneller und schulpsychologischer Beratungsstellen, ein Berufsorientierungscurriculum im Unterricht (für Kinder von 12 bis 14), spezielle Orientierungsschwerpunkte an den Polytechnischen Schulen, ein Netz an Berufsinformationszentren des AMS sowie Beratungsservices der Sozialpartner und Weiterbildungsinstitutionen. Das System der Beratung hat folgende Merkmale:

1. Zwischen Bildungs- und Berufsberatung, die inhaltlich eine Einheit bilden, besteht eine institutionelle Trennung (Bildung bzw Arbeitsmarkt).

2. Die Beratung erfolgt vorwiegend in der Schule. Hier wird aufgrund fehlender Ressourcen individuell wird oft nur in Zusammenhang mit (Schul)problemen beraten. Weiters konzentriert sie sich, da sie zum Großteil von LehrerInnen übernommen wird auf Fragen der Schullaufbahn. Seit dem Schuljahr 2009/2010 gibt es an allen Schulen Österreichs eine verbindliche Übung *Berufsorientierung* in der 7. und 8. Schulstufe inklusive berufspraktischer Tage/Wochen, Betriebserkundungen, Exkursionen zu Bildungseinrichtungen sowie Informations- und Beratungszentren. Eine Bewertung dieser neuen verbindlichen Übung steht noch aus.
3. Das Angebot fokussiert stark auf Information, wobei die Verwendung der zahlreichen Informationsmaterialien jedoch von den Kompetenzen der NutzerInnen abhängt. Traditioneller Weise liegt der Informationsfokus der vielfältigen Berufsbildungsprogramme auf punktuellen Berufswahlentscheidungen, die Förderung von dynamischen Kompetenzen der Laufbahnplanung kommt meist zu kurz.
4. Es fehlt ein gemeinsames Management bzw eine Steuerung der auf verschiedenen Ebenen agierenden Teilsegmente des Beratungssystems. Außerdem sind Beratungsangebote vielfach mit bestimmten Bildungsanbietern (z.B. Weiterbildungsinstitutionen) verbunden, wodurch die Objektivität durch deren Interessenslage eingeschränkt sein kann.
5. Die schlechten Arbeitsbedingungen der TrainerInnen im arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenbereich stehen im krassen Gegensatz zum Anspruch an die Qualität der Kurse.

1.5 Empfehlungen

Im Rahmen der Analyse der Empfehlungen, die sich jeweils auf einzelne Aspekte des Bildungs- und Berufssystems beziehen (zB die Schule) zeigt sich, dass sämtliche Verbesserungsvorschläge (aufgrund der gemeinsamen Problematik, die sich in allen Bereichen manifestiert) in dieselbe Richtung weisen. Für die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den oberösterreichischen Arbeitsmarkt sind daher generell folgende Maßnahmen von Bedeutung: Sprachliche Förderung sowohl der *deutschen* als auch der *Muttersprache*, muttersprachliche Angebote ausbauen, Förderung von Diversität und von interkultureller Kompetenz aller Beteiligten, Kampf gegen Diskriminierung sowie Stärkung der persönlichen Kompetenzen und Orientierung an den Potentialen der Jugendlichen.

Sprachliche Förderung: Sowohl die Förderung der *Deutschen Sprache* als auch der *Muttersprache* sollte einen zentralen Stellenwert einnehmen und in jeder Phase des Bildungs- und Berufsweges stattfinden - angefangen mit der Schule, über die Lehre bis hin zur Berufsausübung (Deutsch als Zweitsprache und muttersprachlicher Unterricht in der Schule, muttersprachliche Sprachkurse im Rahmen der Lehre, Förderung berufsbezogener Sprachkenntnisse etc).

Muttersprachliche Angebote ausbauen: Um den ausführlich erläuterten Benachteiligungen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund entgegenzuwirken, sind auch muttersprachliche Angebote von Bedeutung - zB mehrsprachige Bro-

chüren und Informationsmaterial in der Berufsberatung oder BerufsberaterInnen mit Migrationshintergrund, die entsprechende Sprachkenntnisse haben bzw Sprachkurse für AMS-BeraterInnen.

Diversität fördern: Durch die Migration treffen Menschen aus verschiedensten Milieus aufeinander und es ist wichtig, die Diversität, die Vielfalt einer Gesellschaft als Chance zu begreifen und diese zu fördern. Dazu gehört auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich mehr eingebunden werden, zB als LehrerInnen, BerufsberaterInnen oder LehrstellenaquisiteurInnen. Dies wirkt sich, abgesehen von den sprachlichen Vorteilen für Jugendliche mit Migrationshintergrund, positiv auf die Situation der Jugendlichen aus, da Menschen mit Migrationshintergrund dieselben milieuspezifischen Kenntnisse haben und diese daher die Jugendlichen besser verstehen und auch als positive Vorbilder dienen können.

Interkulturelle Kompetenzen aller Beteiligten fördern: Die Förderung interkultureller Kompetenzen ist sowohl bei Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund von Bedeutung und betrifft die Jugendlichen im gleichen Sinnen wie zB Berufs- und BildungsberaterInnen oder UnternehmerInnen.

Diskriminierung bekämpfen: Durch Förderung von Vielfalt bzw Interkulturalität können auf lange Sicht Diskriminierungen abgebaut werden. Um konkret gegen Diskriminierung vorzugehen, sind mehr Sensibilisierungsmaßnahmen wiederum bei allen Beteiligten, angefangen von den LehrerInnen, über BerufsberaterInnen, bis hin zu den UnternehmerInnen, nötig. Beispiele für den betrieblichen Kontext sind Diversity Management und Betriebsvereinbarungen (wobei letztere auch eine rechtliche Verbindlichkeit haben).

Stärkung persönlicher Kompetenzen: Wichtig ist weiters, die persönlichen Kompetenzen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu stärken, damit sie größere Chancen auf einen Bildungs- bzw Berufserfolg haben. Hierzu zählen die Stärkung des Selbstvertrauens und der Flexibilität, eine Steigerung der Ausdauer und eine Schaffung von Bewusstsein für die eigenen Interessen und den eigenen Willen, um mehr Entscheidungsfreiheit zu ermöglichen. Vor allem die Stärkung der Durchsetzungskraft hilft den Jugendlichen dabei, sich gegen Diskriminierungen zur Wehr zu setzen, wobei ihnen konkret auch Hilfestellungen hierzu aufgezeigt werden sollten, zB der Gang zum ÖGB oder zur Arbeiterkammer.

Orientierung an den Potentialen der Jugendlichen/Migranten: Von größter Bedeutung ist, dass das Augenmerk vor allem auf jene Ansätze gerichtet werden sollte, die sich an den Stärken der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die spezielle Erfahrungen und Kenntnisse aus einem anderen Milieu mitbringen, orientieren. Hierzu gehören zum Beispiel Vorschläge, bei Sprachkursen auch die Muttersprache mit einzubeziehen oder vermehrt LehrstellenaquisiteurInnen für türkische Betriebe oder Betriebe, die in Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen aus dem früheren Jugoslawien stehen, einzusetzen. Auch in der Berufsorientierung ist dieser Ansatz unter dem Gesichtspunkt von *Empowerment* zielführend. Als sinnvoll erwies sich der partizipative Gedanke, bei dem die Jugendlichen ihre Interessen einbringen und eigene Entscheidungsspielräume schaffen können sowie Verhandlungsrechte besitzen. Es geht darum die "Maßnahmen von den Stärken der Jugendlichen her" zu entwickeln, "statt von den Schwächen auszugehen und die Jugendlichen an die Maßnahmen anzupassen" (Lassnigg 2006: 9). Ziel ist nicht die kurzfristige Integration in Beschäftigung, sondern eine breitere

soziale Integration (Lassnigg 2006: 8f).

Umstrukturierung des Bildungssystem: Im Sinne einer präventiven Arbeitsmarktpolitik ist eine grundlegende Umstrukturierung des Bildungssystems dringend anzuraten. Empfohlen werden eine steigende Pflichtschuldauer, ein frühzeitiger Einstieg in Vorschule oder Kindergarten, späte Selektionsschritte sowie eine Ganztagschule. Ein damit verbundener Bedarfsabbau an außerschulischen Unterstützungsleistungen würde die Bildungskarrieren von SchülerInnen unterschiedlicher ethnischer, aber auch sozioökonomischer Herkunft angleichen. Angesichts der späteren Kosten einer schlecht ausgebildeten Bevölkerung ist eine Investition in Bildung auch aus volkswirtschaftlicher Sicht von Vorteil.

Den Empfehlungen aus der Literatur sollen noch folgende Punkte hinzugefügt werden:

Durchlässigkeit des Bildungssystems: Für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die durch ihre Migrationsgeschichte bzw Sprachkenntnisse im regulären Bildungssystem vor allem an den Übergängen benachteiligt sind, ist eine Verbesserung der Durchlässigkeit des Bildungssystems (Nachholen von Bildungsabschlüssen im zweiten Bildungsweg, bessere finanzielle Förderung) von großer Bedeutung.

Überprüfung der Schnittstellen: Zudem gestaltet sich besonders der Übergang in die berufsbildenden höheren Schulen problematisch, was dazu führt, dass Personen mit Migrationshintergrund der Anteil von Personen mit BHS-Abschluss in der zugewanderten Bevölkerung nur halb so groß ist in der einheimischen. Diese Übergänge sind kritisch zu überprüfen.

Gesetzliche Anerkennung der Lehre als Ausbildung: Zum Schluss wird noch mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Lehrausbildung gesetzlich als Ausbildung anerkannt werden sollte, wie dies auch von der International Labour Organisation empfohlen wird, damit jugendlichen AsylwerberInnen diese Möglichkeit nicht verwehrt bleibt.

Kapitel 2

Empirische Ergebnisse

2.1 Der Übertritt 15- bis 19jähriger mit Migrationshintergrund ins weiterführende betriebliche und schulische Ausbildungssystem im Bundesländervergleich

Winfried Moser

In Oberösterreich, wie auch in den restlichen westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg und Salzburg, sind Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Übertritt in die betriebliche und schulische Weiterbildung nach der Pflichtschule gegenüber den restlichen Bundesländern deutlich benachteiligt. Das ergab eine Analyse von Mikrozensus-Daten über Ausbildung und Beruf von 15- bis 19jährigen Jugendlichen. Exemplarisch zeigt sich die Benachteiligung im untersten Arbeitsmarktsegment:

1. Der Anteil jener, die nach der Pflichtschule keine weiterführende Ausbildung absolvieren, beträgt in den westlichen Bundesländern 20 Prozent, in Ostösterreich hingegen nur 15 Prozent.
2. Im Westen ist die die Bildungsbenachteiligung größer: Migrantische Jugendliche sind gegenüber gleichaltrigen Einheimischen stärker benachteiligt als im Osten.
3. Im intergenerationalen Vergleich sind Migranten und ihre Kinder in Österreich Bildungsverlierer. Die relative Position der heute 15- bis 19jährigen mit Migrationshintergrund hat sich gegenüber jener ihrer Eltern verschlechtert, besonders stark in den westlichen Bundesländern.

Wir können von einem dreifachen Ost-West-Gefälle sprechen. Dieses manifestiert sich allerdings nicht im urbanen Raum, sondern stärker im Umland der Städte und im ländlichen Raum, wo in Westösterreich immerhin fast zwei Drittel (!) der 15 bis 19-jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund leben: Das Risiko, direkt nach der Pflichtschule am Arbeitsmarkt als HilfsarbeiterIn zu landen, liegt in diesen Regionen im Westen 5,3 mal höher als für Einheimische, im Osten hingegen nur 2,9 mal höher.

Diese Befunde verwundern aufgrund der besseren Arbeitsmarktdaten in den westlichen Bundesländern: Die Lehrstellenlücke ist vergleichsweise klein, die Arbeitslosigkeit niedriger, die Einkommen höher als im Osten; warum gelingt unter diesen an sich positiven Voraussetzungen die Integration ins weiterführende Schulsystem nicht besser? Im Folgenden werden strukturelle Ursachen untersucht, die auf den Übertritt in den Arbeitsmarkt bzw in die weiterführende betriebliche und schulische Ausbildung Einfluss haben und gleichzeitig die Ost-West-Unterschiede erklären können. Die Bundeshauptstadt wurde mangels vergleichbarer Großstädte nicht in den Vergleich einbezogen.

1. Zum ersten zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Benachteiligung von zugewanderten Jugendlichen und ihrem Anteil an der Bevölkerung: Je höher dieser Anteil ist, umso stärker ist die Benachteiligung. Erklärt werden kann das damit, dass das Schulsystem und insbesondere die schulischen Bewertungskriterien nicht auf hohe Anteile Jugendlicher mit Migrationshintergrund ausgelegt sind. Diese haben häufig mit schlechteren Abschlusszeugnissen zu kämpfen und sind beim Übertritt ins weiterführende betriebliche oder schulische Ausbildungssystem entscheidend benachteiligt - häufig zu Unrecht, und auch zum Nachteil der Unternehmen, die möglicherweise offene Lehrstellen nicht mit den Bestgeeigneten besetzen können.
2. Das Ost-West-Gefälle kann auch darauf zurückgeführt werden, dass in den westlichen Bundesländern verstärkt Menschen ohne weiterführende Ausbildung angeworben wurden - der Anteil der PflichtschulabsolventInnen unter den ZuwanderInnen liegt in sämtlichen Alterskategorien um 10 bis 20 Prozentpunkte höher als in den östlichen Bundesländern. Im Westen sind also bereits die Eltern der Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich schlechter gebildet als im Osten, durch die Weitervererbung dieser nachteiligen Bildungsvoraussetzungen wird der Übergang der aktuell 15- bis 19jährigen ins weiterführende Schulsystem erschwert. Keinen Einfluss auf das Ost-West-Gefälle hat hingegen der Zuwanderungszeitpunkt der Jugendlichen selbst; das Einreisealter 15- bis 19jähriger mit Migrationshintergrund unterscheidet sich in Ost- und Westösterreich nicht voneinander.
3. Betriebliche Ausbildungsalternativen sind aufgrund des niedrigeren Standardisierungsgrades ihrer Auswahlmechanismen anfälliger für ethnische Diskriminierung als schulische. Im Verbund mit dem traditionell hohen Gewicht der Lehrlingsausbildung in den westlichen Bundesländern führt das zu einer stärkeren Bildungssegregation. Abgemildert wird dieser negative Effekt der Lehrlingsausbildung allerdings dadurch, dass - bedingt durch die geringere Lehrstellenlücke - die Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in diesem Bereich im Westen schwächer ausgeprägt ist als im Osten.
4. Jugendliche mit Migrationshintergrund werden in den westlichen Bundesländern möglicherweise auch durch fehlende Schulplätze im Bereich der AHS und BHS benachteiligt. Das zeigt sich an der geringeren Teilnahme-wahrscheinlichkeit migrantischer Jugendlicher an maturaführenden Schulen im Westen. Diese kann nur teilweise auf deren nachteiligeren Bildungs-

hintergrund zurückgeführt und damit als Ausdruck sozialer, nicht migrationsbedingter Selektion betrachtet werden: Eine Analyse des Schulbesuchs getrennt nach Bildungshintergrund der Eltern ergibt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund selbst bei gleichem Bildungsniveau der Eltern im Osten deutlich bessere Weiterbildungspositionen erreichen als im Westen und dass dieser Ost-West Unterschied stärker ist als bei autochthonen Jugendlichen. Migrantische Jugendliche nutzen somit das im Osten stärker ausgebaut weiterführende Schulsystem intensiv zur Verbesserung ihres Arbeitsmarkteinstieges.

2.2 Berufsorientierung von Jugendlichen in der 7., 8. und 9. Schulstufe

Marion Hackl und Marion Wenty

Berufsorientierung und Berufswahl sind zentrale Bestandteile der Lebensplanung in modernen Gesellschaften. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind diesbezüglich in einer sehr speziellen Situation: Sie arbeiten deutlich häufiger als Hilfskräfte, sind weniger gut ausgebildet und weitaus häufiger arbeitslos als Gleichaltrige der Durchschnittsbevölkerung. Vor diesem Hintergrund ist es angezeigt, sich mit Prozessen der Berufsorientierung, der Berufswahl und des Berufseinstiegs zu beschäftigen. Im Folgenden werden die wichtigsten Befunde dargestellt, die sich aus einer qualitativen Untersuchung von Jugendlichen ergeben, die aktuell in der Phase der Berufsorientierung sind und teilweise an den BO-Maßnahmen *Triangulum* und *Chancenschmiede* teilgenommen haben.

1. Zunächst fällt die vergleichsweise starke Bildungsorientierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf, die auch in zahlreichen anderen Studien nachgewiesen wird - in denen allerdings auch aufgezeigt wird, dass die faktische Umsetzung häufig über *verschlungene Bildungswege* erfolgt und eine sehr starke Motivation von Jugendlichen wie auch Eltern erfordert.
2. Die Eltern sind im Berufsorientierungsprozess zwar wichtige Ansprechpersonen, können aber in vielen Fällen nur emotionale Unterstützung bieten. Für die Weitergabe konkreter Informationen oder eine Hilfe bei der Suche nach Schnupperpraktika und Lehrstellen fehlen häufig die Kompetenzen, Ressourcen und sozialen Netzwerke. Die SchülerInnen weichen - wenn möglich - auf ältere Geschwister und erwachsene Ansprechpersonen aus dem weiteren sozialen Umfeld aus; oder auf insitutionelle Angebote (wie *Triangulum* und *Chancenschmiede*), von denen eine *familienersetzende* Funktion erwartet wird.
3. Hohe berufliche Erwartungen einerseits und fehlende elterliche Unterstützung andererseits führen beim größten Teil der befragten Jugendlichen zu Ängsten bezüglich ihrer beruflichen Zukunft. Besonders Jugendliche, die eine Lehrausbildung anstreben, sind davon betroffen. Es gibt damit ein besonders starkes Interesse am Thema Berufsorientierung. Dieses zeigte sich auch im Rahmen einer aktuellen Online-Befragung des IKEB, die ergab, dass 40 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund das

Gefühl haben, in der Schule nicht genügend über ihre beruflichen Möglichkeiten informiert worden zu sein - doppelt so häufig wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

4. Seit 2009 sind alle Schulen verpflichtet, in der 7. und 8. Schulstufe das Thema Berufsorientierung in den Unterricht aufzunehmen - ob unterrichtsbegleitend oder als eigenes Fach, bleibt den Schulen selbst überlassen. In der gegenständlichen Untersuchung zeigen sich Hinweise darauf, dass unterrichtsbegleitende Berufsorientierung den SchülerInnen wenig bis gar nicht in Erinnerung bleibt, während Jugendliche, die Berufsorientierung als eigenes Unterrichtsfach erlebt haben, in ihrer Berufswahl reflektierter erscheinen, sich ihrer Kompetenzen und Interessen stärker bewusst sind und genauere Vorstellungen über die gewünschten beruflichen Rahmenbedingungen haben.
5. Alle Jugendlichen, die an einer der beiden Berufsorientierungsmaßnahmen *Triangulum* und *Chancenschmiede* teilgenommen haben, wünschen sich Berufe, für die entweder eine Lehrausbildung oder eine weiterführende Schule nötig ist - ein wichtiger Erfolg angesichts der Tatsache, dass in Oberösterreich jeder fünfte 15- bis 19jährige Jugendliche mit Migrationshintergrund die Pflichtschule ohne Weiterbildung verlässt.
6. Alle Jugendlichen haben den Besuch der Berufsorientierungsmaßnahme als große Unterstützung wahrgenommen. Als besonders hilfreich wurden - neben der Informationsvermittlung - folgende Workshopelemente bewertet: die Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche, die gemeinsamen Betriebsbesichtigungen und Besuche beim AMS, der Besuch von Personen aus der Arbeitswelt und aus weiterführenden Schulen (Role-Models) sowie die konkrete Unterstützung bei der Praktika- und Lehrstellensuche.
7. Änderungsvorschläge: Die Jugendlichen wünschen sich mehr Workshopeinheiten (auch jene der länger dauernden Maßnahme *Chancenschmiede*), mehr Besuche von Role-Models, mehr Betriebsbesichtigungen, gegenderte BerufsberaterInnentteams sowie eine intensivere Einzelbetreuung während der Workshopeinheiten (dh eine höhere Betreuungsdichte).
8. Problematisch war die Art und Weise, wie die TeilnehmerInnen für die BO-Maßnahmen ausgewählt wurden: Der Auswahl-Fokus auf Jugendliche mit Migrationshintergrund hat zu Unruhe in den Klassenverbänden geführt: Es fühlten sich sowohl autochthone Jugendliche ausgegrenzt, die sich für die Berufsorientierung interessiert hätten, als auch Jugendliche aus Zuwandererfamilien, die das Gefühl hatten, sie werden hier zur Teilnahme an einer "Veranstaltung für Ausländer" gezwungen, obwohl sie sich selber nicht als solche betrachten.
9. In einer speziellen Situation befinden sich jugendliche AsylwerberInnen. Da eine Lehre - entgegen den Empfehlungen der International Labour Organization (ILO) - nicht als Ausbildungsmaßnahme, sondern als Beschäftigungsverhältnis gilt, kommen für junge AsylwerberInnen nach Beendigung der Pflichtschule als mögliche Ausbildungsalternativen ausschließlich weiterführende Schulen in Frage. Wenn die betroffenen Jugendlichen nicht

die dafür notwendigen schulischen Leistungen erbringen, geraten sie in eine menschenunwürdige Lebenssituation, in der weder Weiterbildung noch (legale) Arbeit möglich sind.

2.3 Motive für die erste Berufswahl und erfolgsfördernde Faktoren von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Oberösterreich

Caterina Hannes

Kaum eine Entscheidung verändert das weitere Leben so einschneidend wie die erste Berufswahl. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Oberösterreich, die sich für eine Lehrstelle interessieren, ist diese primär durch äußere Faktoren bestimmt: JedeR Dritte wählt den ersten Beruf aus Alternativlosigkeit, jeder Zehnte ergreift berufliche Gelegenheiten ohne viel nachzudenken, jeder fünfte orientiert sich am sozialen Umfeld. Nur 15 Prozent treffen inhaltlich reflektierte Berufswegsentscheidungen (Befragt wurden 19- bis 24jährige Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich zumindest einmal beim AMS als lehrstellensuchend gemeldet haben).

Bei abgeschlossener Lehrausbildung ist auch ein Vergleich zur autochthonen Bevölkerung möglich. Dieser zeigt, dass die Wahl des Lehrberufs in den beiden Gruppen sehr unterschiedlich verläuft: Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist sie viel häufiger von Alternativlosigkeit gekennzeichnet (27:10 Prozent), häufiger am sozialen Umfeld orientiert (18:10 Prozent), und sehr viel seltener gelegenheitsorientiert (10:31 Prozent).

Ausreichend Unterstützung vom sozialen Umfeld und eine im Allgemeinen positiv erlebte Schulzeit erhöhen die Chance auf inhaltlich reflektierte Berufswegsentscheidungen deutlich und verringern die Wahrscheinlichkeit für Alternativlosigkeit. Keinen merklichen Einfluss hatte hingegen die Teilnahme an einer Bildungs- und Berufsberatung. Die Art und Weise, wie diese Beratung vor fünf bis zehn Jahren durchgeführt worden ist (hauptsächlich unterrichtsbegleitend, sowie in externen Projekten), konnte den Einfluss, den die Schule und das private Umfeld auf die Berufswahl haben, nicht überlagern.

Die Basis für eine reflektierte Entscheidung zu legen, muss oberstes Ziel bleiben, denn jene, die inhaltlich reflektierte Berufswegsentscheidungen getroffen haben, sind später deutlich zufriedener mit ihrer Berufs-Entscheidung (71:50 Prozent, im Vergleich zu den Resignierten), sind mit höherer Wahrscheinlichkeit Erwerbstätig (81:69 Prozent) und haben ein höheres Einkommen (72:51 Prozent über 900 Euro) und können somit als erfolgreicher bezeichnet werden.

Die Befragten selbst führen ihren Erfolg in erster Linie auf selbstwirksame Persönlichkeitsmerkmale zurück, wie Eigenständigkeit und Durchsetzungskraft (81 Prozent), Ehrgeiz und Durchhaltevermögen (75 Prozent), Wahrnehmung des Migrationshintergrunds als Bereicherung (73 Prozent) oder Selbstvertrauen (69 Prozent). An zweiter Stelle folgt das soziale Umfeld, insbesondere die emotionale Unterstützung der Eltern (68 Prozent) und ein bestärkender und motivierender Freundeskreis (53 Prozent) sind hier von Bedeutung. An dritter Stelle kommen Personen mit Vorbildwirkung: Immerhin noch 40 Prozent sprechen von einem stark erfolgsfördernden, persönlichen Vorbild.

2.4 Erfolgreicher Berufseinstieg von jungen MigrantInnen

Andrea Poschalko

Zusammenfassend erscheinen die Berufswahl bzw. der erfolgreiche Berufseinstieg der befragten MigrantInnen stark von außen beeinflusst. Berufe werden weniger aufgrund umfassender Kenntnis der Möglichkeiten und Berufswege oder auch der persönlicher Interessen gewählt, sondern in eher pragmatischer Art und Weise an Umfeld und Gelegenheiten angepasst. Großteils können die Befragten auf ein tragfähiges und wohlwollendes soziales Umfeld vertrauen, dessen Unterstützung gerne aufgegriffen wird. So werden beispielsweise vorhandene Kontakte und Netzwerke rege genutzt um Ausbildungs- oder Arbeitsplätze zu lukrieren. Aber auch das AMS bietet wichtige Unterstützungsfunktion durch entsprechende berufskundliche Materialien, Beratungsleistungen und die (Lehr-) Stellenvermittlung. Problematischer erscheint der Übertritt in berufsbildende weiterführende Schulen. Während die Jugendlichen in der Pflichtschulzeit überwiegend von positiven Erfahrungen berichten, zeigen Hinweise, dass die Situation in den berufsbildenden höheren Schulen deutlich problematischer ist.¹

Dennoch waren die Jugendlichen vielfach auf sich selbst gestellt, konnten dadurch aber Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeitserfahrungen gewinnen. Dieses Muster an personalen Kompetenzen/Eigenschaften (wie zB Durchhaltevermögen, Anpassungsfähigkeit), familiären Rückhalt und institutionellen Faktoren kompensiert ungünstige Bedingungen bzw. hilft den Befragten widrigen Umständen lösungsorientiert zu begegnen. Für ein gelungenes Übergangsmanagement spricht auch, dass viele der Befragten nach ihrem Lehrabschluss bereits erfolgreich einen Job- oder Berufswechsel realisiert haben.

2.5 Empfehlungen

2.5.1 Allgemeine Empfehlungen

1. Jugendliche mit Migrationshintergrund erleben nach der Pflichtschule einen deutlich schwierigeren Übergang in die weiterführende betriebliche und schulische Ausbildung, es zeigte sich allerdings, dass die Übergänge in den östlichen Bundesländern, wo es ein besser ausgebautes schulisches Weiterbildungsangebot gibt, weniger schwierig verlaufen. Das bedeutet gleichzeitig: Nicht geglückte Übergänge sind zum Teil systemischen, und nicht individuellen Defiziten zuzuschreiben.

Insgesamt wird versucht, den Übergangs-Schwierigkeiten mit Hilfe von Maßnahmen zu begegnen, die sich sehr stark auf die Defizite der betreffenden SchülerInnen konzentrieren, die im Nachhinein (und teilweise vergleichsweise teuer) mit ÜBAs und neuerdings Produktionsschulen korrigiert werden sollen. Tatsächlich werden hier im Nachhinein die Fehler eines

¹An dieser Stelle ist allerdings anzumerken, dass die Erhebungsdaten im Rahmen dieses Projekts auf LehrabsolventInnen fokussieren. Um aussagekräftige Daten speziell zum Übertritt in höhere Schulen zu gewinnen, müssten sowohl Stichprobe als auch das Erhebungsinstrument an diese Fragestellung angepasst werden.

Schulsystems korrigiert, das noch nicht gelernt hat, sich auf eine stetige Zuwanderung einzustellen.

Weil das Schulsystem Selektionsmechanismen aufweist, die sich nicht an der Leistung der SchülerInnen orientieren, sondern an Merkmalen, die die Schüler selbst nicht verändern können (sozialer Hintergrund, Migrationshintergrund), werden die Hilfsmaßnahmen zu stigmatisierenden Institutionen (*Lehre zweiter Klasse*). Die Überlegungen fokussieren mithin zu wenig auf die Wirksamkeit des Schulsystems selbst, zu wenig auf dessen starke soziale Selektivität.

2. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass im Segment der BildungsabbrecherInnen Jugendliche mit Migrationshintergrund gegenüber NichtmigrantenInnen, die ebenfalls nach der Pflichtschule keine weiterführende Bildung absolvieren, kaum benachteiligt sind. Aus diesem Blickwinkel wären Maßnahmen wie die vorgeschlagene *Task-Force Migration* oder der bereits in Umsetzung befindliche *Migrantenindex* nur dann sinnvoll, wenn mithilfe der erhobenen Daten untersucht wird, inwiefern das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem selbst - d. h. Schulen, Ausbildungsbetriebe, die staatliche Bildungs- und Arbeitsmarktverwaltung - das Wirksamwerden meritokratischer Prinzipien behindern und damit das Merkmal Migration zu einem immer wichtigeren Selektionskriterium machen.

Freilich ist nicht davon die Rede, dass die politisch Verantwortlichen mithilfe des *Migrantenindex* ein *Schulindex* erstellt wollen, durch den wir etwas über die Weitervermittlungs- und Aufnahmepraxis von Schulen erfahren, oder ein *Lehrausbildungsindex*, mit dessen Hilfe die Einstellungs- und Ausbildungspraxis von Betrieben beurteilt werden kann (etwa im Zusammenhang mit der Lehrstellenförderung). So wie der Index der Öffentlichkeit vermittelt wird, wirkt er stigmatisierend und stellt MigrantInnen als defizitäre Menschen dar, die gezielt betreut werden müssen, um sich am Arbeitsmarkt zurecht finden zu können. Er konzentriert sich - wie viele Maßnahmen - zu stark auf die Integrations-Leistungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund selbst und zu wenig auf die Leistungen der Institutionen, die für die Integration der Jugendlichen ins Erwerbsleben zuständig sind. Die einseitige Implementierung von Monitoring-Systemen wie dem *Migrantenindex* leistet dieser Asymmetrie weiter Vorschub, macht aber - auf diese Weise isoliert - keinen Sinn.

3. Die Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität des Schulsystems sind wohlbekannt: Bildung muss früher im Leben beginnen (im Kindergarten), darf nicht so früh selektieren (Gesamtschule), muss in der Grundschule ihre sozial integrative Funktion wahrnehmen (Ganztageschule) und sollte angesichts der allgemeinen Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte länger dauern (Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr, inklusive Reform der neunten Schulstufe).

Als besonders wichtig ist eine Reform der Durchlässigkeit des Bildungssystems einzustufen. Zusätzlich zu den 80.000 Kindern, die jedes Jahr regulär in die erste Klasse Volksschule kommen, werden durch die Zuwanderung pro Jahr etwa 17.000 Bildungs-QuereinsteigerInnen im Pflichtschulalter erwartet. Unabhängig davon ist die Zahl der 19- bis 24-jährigen jungen Erwachsenen mit Lehrabschluss,

die bereits einen Berufswechsel hinter sich haben mit 25 Prozent überraschend hoch und wird mit dem zunehmenden Gewicht dienstleistungsorientierter Tätigkeiten noch weiter steigen. Es ist davon auszugehen, dass Bildungsverläufe und Berufseinstiege zunehmend *auf verschlungenen Pfaden* verlaufen, und nicht mehr einem vorgegebenen Weg folgen werden - weder bei Zugewanderten noch bei nicht-Zugewanderten. Diese gesellschaftliche Entwicklung muss in einer Flexibilisierung des Bildungssystems ihre Entsprechung finden, in dem Übergangskorridore zwischen Ausbildungsinstitutionen nicht so eng gesteckt sind, wie es derzeit der Fall ist, aber auch in der Entwicklung eines entsprechenden standardisierten, transparenten und nachvollziehbaren Stipendienwesens, durch das spätere Einstiege in das weiterführende Schulsystem - ähnlich der universitären Ausbildung - individuell finanziert werden können. Die verstärkte Information und Vermittlung von alternativen Ausbildungswegen, wie beispielsweise die FacharbeiterInnenintensivausbildung (FIA), erscheint vor allem für ältere Jugendliche ohne Berufsausbildung oder Lehrstellen-Drop outs sinnvoll. Im Rahmen der FIA könnte zudem eine individuelle Förderung bei besonderen Stärken/Schwächen (zB Verkaufstalent, Sprachschwierigkeiten) integriert werden. Voraussetzung ist jedoch vielfach die Deckung des Lebensunterhaltes während der Ausbildungszeit.

2.5.2 Empfehlungen für die Berufsorientierung von SchülerInnen in der 7. und 8. Schulstufe

Aus den Ergebnissen der Untersuchung ergeben sich folgende Anforderungen und Ansätze. Sie sind als Anregungen für außerschulische, wie auch schulische Berufsorientierung zu verstehen und bedürfen mitunter einer Anhebung der dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln bzw. personeller Ressourcen.

Soziales Umfeld einbinden und bei Bedarf ersetzen

Auf Grund des großen Stellenwerts des sozialen Umfelds im Rahmen des Berufsorientierungsprozesses der Jugendlichen sollten Berufsberatungsmaßnahmen nicht nur mit den SchülerInnen selbst arbeiten, sondern auch mit ihren jeweiligen Ansprechpersonen (Eltern, aber auch Geschwister, erwachsene Bekannte/Verwandte) um so ein möglichst förderliche Situation für die Jugendlichen zu schaffen. Es zeigte sich im Rahmen der Untersuchung, dass eine derartige Zusammenarbeit nicht immer möglich ist. In diesen Fällen sollten BerufsberaterInnen die Rolle der angesprochenen Bezugspersonen so weit als nötig übernehmen, zu MentorInnen werden, indem sie zB die Jugendlichen zum AMS begleiten, bei der Suche nach Praktikumsplätzen und Lehrstellen unterstützen, mit ihnen Betriebe besuchen und sie auf den Bewerbungsprozess (Bewerbungsschreiben und Lebenslauf verfassen, Bewerbungsgespräche üben) vorbereiten.

Personelle Kontinuität

Im Rahmen der Interviews hat sich gezeigt, dass BerufsberaterInnen im besten Falle nicht nur InformationsvermittlerInnen sind, sondern zu Vertrauenspersonen werden. Dies bietet vor allem für jene Jugendliche, die durch ihr soziales Umfeld keine oder nur geringe Unterstützung erfahren eine wertvolle Chance.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass der Kontakt zu den BerufsberaterInnen über einen längeren Zeitraum besteht, im besten Fall sollten sie auch nach Beendigung der Berufsorientierungsmaßnahme und auch bei Schwierigkeiten im Rahmen des Ausbildungseinstieges (zB: Lehrstellensuche) für die Jugendlichen erreichbar sein.

Vorbilder schaffen

Es hat sich gezeigt, dass Jugendliche Vorbilder für ihre Berufswünsche in ihrem sozialen Umfeld als besonders wichtig bei der Informationsbeschaffung und Orientierung in der österreichischen (Aus-)Bildungslandschaft empfinden. Wenn sie diese Vorbilder in ihrem alltäglichen Umfeld nicht finden (können), wäre es sinnvoll Wege zu finden, ihnen diese Art der Informationsbeschaffung dennoch zu ermöglichen und ihnen Zugänge zu eventuellen Vorbildern zu eröffnen. Dh, das auf Grund der Interviews als erfolgreich einzustufende Workshop-Element RoleModel sollte in Berufsorientierungskurse als fixer Bestandteil aufgenommen werden.

Auf den Bewerbungsprozess vorbereiten

Unterstützung beim Verfassen von Bewerbungsschreiben und Lebenslauf, sowie die Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche haben die Jugendlichen in den Interviews als besonders hilfreich empfunden. Sie sollten deswegen bei keiner Berufsorientierungsmaßnahme fehlen. Darüber hinaus ist es wichtig den Jugendlichen wichtig auch die materiellen Ressourcen für den Bewerbungsprozess zur Verfügung zu stellen, wie zB die Möglichkeit Bewerbungsschreiben auszudrucken, Kuverts und Briefmarken.

Den individuellen Interessen, Kompetenzen und Problemen Zeit und Aufmerksamkeit schenken

Im Rahmen der quantitativen Befragung äußerten die TeilnehmerInnen an einer Bildungs- und Berufsberatung, sich nur selten als Einzelperson wahr- und ernstgenommen gefühlt zu haben. Da im Gruppenverband dem und der Einzelnen nicht ausreichend Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt werden kann, sind ausführliche und mehrmalige Einzelgespräche, in denen die Stärken, Interessen und dementsprechenden Möglichkeiten herausgearbeitet und gemeinsam Lösungen für eventuelle Problemlagen gefunden werden, unerlässlich.

Interaktive und spielerische Gestaltung

Es hat sich im Rahmen der begleiteten Berufsorientierungsmaßnahmen als förderlich erwiesen, dass sie sich vom normalen Schulalltag unterscheiden. Die SchülerInnen heben in den Interviews hervor, dass sie den interaktiven und spielerischen Charakter, sowie die vielen Exkursionen (Betriebsbesichtigungen, AMS-Besuche oä) gut gefunden haben.

Zukunftsängste thematisieren

Etliche interviewte Jugendliche leiden unter Zukunftsängsten und machen sich

Sorgen darüber, keinen oder zumindest nicht den erwünschten Ausbildungsplatz zu erhalten. Diese Ängste sollten im Rahmen von Berufsorientierungsmaßnahmen thematisiert werden. Die Jugendlichen sollten darüber informiert werden, welche Anlaufstellen ihnen für diesen Fall zur Verfügung stehen. AMS-Besuche im Rahmen der Berufsorientierung würden die individuelle Hemmschwelle minimieren und Informationsdefizite auffangen. Außerdem wäre es sinnvoll, mit den Jugendlichen gemeinsam Strategien zu erarbeiten wie sie mit einer derartigen Situation umgehen könnten.

Frühzeitiger Beginn der Berufsorientierung

Zukunftsängste haben ihren Ursprung oftmals in schlechten schulischen Leistungen. Die Jugendlichen sind besorgt, dass sie deswegen nicht den gewünschten Ausbildungsplatz finden. Oftmals wird ihnen diese Tatsache aber erst bewusst, wenn es keine Möglichkeit mehr gibt, gegenzusteuern und die Abschlussnoten zu verbessern. Es wäre sinnvoll mit Berufsorientierungsmaßnahmen möglichst früh zu beginnen (spätestens in der 7. Schulstufe) damit die Jugendlichen frühzeitig den Stellenwert ihrer schulischen Leistungen für ihre berufliche Zukunft erkennen können und damit auch die Möglichkeit haben, rechtzeitig daran zu arbeiten sich zu verbessern.

Unterstützung bei der Verbesserung der schulischen Leistungen

Sollten Jugendliche ihre schulischen Leistungen verbessern wollen, um bessere Chancen am Ausbildungsmarkt zu haben, wäre es sinnvoll, sie bei diesem Vorhaben zu unterstützen, zB in Form von kostenlosen Nachhilfeangeboten.

Durchlässigkeit des österreichischen Bildungssystems aufzeigen

Einige Jugendlichen erzählen im Rahmen des Interviews, dass sie eigentlich gerne eine weiterführende Schule besucht hätten, dies aber auf Grund ihrer schulischen Leistungen nicht möglich ist. Diese Jugendlichen sollten darüber informiert werden, welche Möglichkeiten es in Österreich gibt, schulische Abschlüsse nachzuholen zB: Studienberechtigungsprüfung, Lehre mit Matura oder Abend-schule.

Geschlechterstereotype aufbrechen

Es hat sich - wie bereits in vielen anderen Studien davor - gezeigt, dass die Ausbildungs- und Berufswahl der Jugendlichen sehr geschlechterstereotypisch verläuft. Es wäre deswegen sinnvoll, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, die Jugendlichen auch auf geschlechter-untypische Berufsbilder aufmerksam zu machen, zB indem bei der Auswahl der RoleModels auf diesen Aspekt geachtet wird.

Berufsorientierung als Unterrichtsgegenstand

Von Bedeutung wäre ein eigenes Unterrichtsfach Berufsorientierung (anstatt in integrierter Form) für alle SchülerInnen der siebten, achten und neunten Schulstufe. Im Rahmen der Untersuchung hat sich gezeigt, dass schulische Berufs-

orientierung vor allem dann greift wenn sie als eigener Unterrichtsgegenstand angeboten wird.

Berufsorientierung von den Lehrkräften entkoppeln

Die schulische Bildungs- und Berufsberatung sollte jedoch nicht von den LehrerInnen, sondern von externen und konkret geschulten Personen durchgeführt werden, die etwa wie SchulpsychologInnen für mehrere Schulen gleichzeitig eingesetzt werden können. Es hat sich gezeigt, dass LehrerInnen aufgrund des eigenen Bildungshintergrunds meist nur eine Schullaufbahn- und keine Berufsberatung anbieten (können) (Lassnig 2006: 5f). Der Einsatz externer Personen kann bereits eingefahrene Beziehungen zwischen SchülerInnen und LehrerInnen relativieren und jedem einzelnen Jugendlichen eine neue Basis bieten. Zudem wird den LehrerInnen, die durch die Notengebung bereits stark Einfluss nehmen können, Verantwortung, aber auch Belastung genommen.

Die Situation jugendlicher AsylwerberInnen entschärfen

Besonders problematisch stellt sich die Situation von jugendlichen AsylwerberInnen dar. Da eine Lehre - entgegen den Empfehlungen der International Labour Organization (ILO) - nicht als Ausbildungsmaßnahme, sondern als Beschäftigungsverhältnis gilt (Fronek 2010: 151), kommt für junge AsylwerberInnen nach Beendigung der Pflichtschule als einzig mögliche weitere Ausbildung eine weiterführende Schule in Frage. Dies wird vor allem dann problematisch, wenn die betroffenen Jugendlichen nicht die dafür notwendigen schulischen Leistungen erbringen. Ihnen bleibt dann nur das Nichtstun.

Es sollten deswegen die Empfehlungen der International Labour Organization berücksichtigt werden: Lehre sollte als Ausbildungsmaßnahme gelten, dadurch hätten auch junge AsylwerberInnen Zugang zu diesem Bildungsweg.

Verstärkter Einsatz von unabhängigen Lehrlingscoaches/-mentorInnen

Die Lehre wird häufig als sehr herausfordernde Erfahrung beschrieben. Probleme reichen von ungerechtfertigten Überstunden über schlechte Ausbildungsqualität bis hin zu Konflikten mit Vorgesetzten. Der verstärkte Einsatz von Lehrlingscoaches könnte hier sinnvoll sein. Als AnsprechpartnerInnen können sie einerseits als "psychische" Stütze während der Lehrzeit dienen, und andererseits bei Problemen im Arbeitsumfeld informieren bzw. mediiieren. Zudem kann frühzeitig ein Fachrichtungswechsel unterstützt werden, wenn sich die Berufswahl als "falsch" herausgestellt hat.